

(Vizepräsident Dr. Katrin Grüber)

- (A) eine Sitzungsunterbrechung für eine halbstündige Fraktionssitzung bittet. Sie wissen: Es ist üblich, die Plenarsitzung zu unterbrechen, wenn eine Fraktion dies wünscht. Ich erkläre die Sitzung hiermit für unterbrochen.

(Unterbrechung von 13.19 bis 14.10 Uhr)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, ich möchte die Sitzung wieder eröffnen.

Die Beratungen zum **Einzelplan 10** sind abgeschlossen, so daß wir jetzt über die **Änderungsanträge** und danach über den gesamten Einzelplan **abstimmen**.

Ich rufe zunächst auf die Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/4526** - Stichwort: Naturnahe Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist **abgelehnt**.

- (B) Wir haben zweitens abzustimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/4527** - Stichwort: Stärkung des Agrarinvestitionsförderungsprogramms AFP. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist **abgelehnt**.

Drittens stimmen wir ab über den **Einzelplan 10** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/4510**. Wer dieser Beschlußempfehlung seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Meine Damen und Herren, damit ist die Beschlußempfehlung **angenommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 03: Innenministerium

Ich weise hin auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/4503 und die Änderungsanträge der Fraktion der CDU mit den Drucksachen 12/4528 und 12/4529.

- (C) Ich **eröffne die Beratung** und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Theo Kruse für die Fraktion der CDU das Wort.

Theodor Kruse (Olpe) (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich mache eine kurze Vorbemerkung aufgrund der Sitzungsunterbrechung: Der Zustand der inneren Ordnung eines Landes hat sicherlich sehr viel mit Wahrheit und Klarheit zu tun. Hier liegt - ich sage das insgesamt und allgemein -, glaube ich, in Deutschland sehr viel im Argen. Das gilt aus meiner Sicht allerdings auch für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

- Verehrte Kollegen, ich habe gesagt: Das gilt für Deutschland insgesamt. Das gilt auch für Nordrhein-Westfalen, wie gleich - so glaube ich - an einigen Punkten verdeutlicht werden kann.

(Zurufe von der SPD - Unruhe - Glocke)

Im Mittelpunkt der Aussprache zum Einzelplan 03 stehen verständlicherweise die innere Ordnung und die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen. Wir wissen alle, daß die Kriminalität immer ein Kind ihrer Zeit ist und durch eine Fülle von Bedingungen, Bestimmungen und Umstände geprägt wird, wie wir sie in den letzten Jahren und Monaten in vielen Anhörungen und Seminaren erörtert haben. Sie wird allerdings auch und nicht zuletzt durch die Reaktion des Staates beeinflußt.

So sinnvoll es sein mag, den Blick auf einzelne statistische Zahlen zu richten, ist es nach unserer Auffassung wesentlich wichtiger und auch langfristiger wertvoller, die Großwetterlage im kriminellen Potential insgesamt zu bedenken, Prognosen zu versuchen und sich sehr rechtzeitig die konzeptionelle Grundsatzfrage vorzulegen, wie man diesen Entwicklungen auch funktional wirksam begegnen kann.

Mit plakativen Beschlüssen oder mit publikumswirksamen Presseinformationen, wie Sie diese, Herr Minister Behrens, im Verein mit Ihrem Justizminister, Herrn Dieckmann, am 15.11.1999 vorgenommen haben, ist es nicht getan. Auch im Bereich der inneren Sicherheit gilt in Nordrhein-Westfalen: Anspruch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander.

(Beifall bei der CDU)

(D)

(Theodor Kruse [Olpe] [CDU])

- (A) Für die CDU ist unmißverständlich klar: Die innere Sicherheit ist eine klassische Aufgabe des Staates und muß endlich wieder in den Mittelpunkt der Politik im Lande Nordrhein-Westfalen gerückt werden.

(Walter Grevener [SPD]: Soziale Sicherheit!)

Der Staat hat die Grundpflicht, seine Bürgerinnen und Bürger wirksam vor Kriminellen und Gewaltverbrechen zu schützen. Aufgabe der Opposition ist es, die Realität darzustellen, Schwachstellen aufzuzeigen und Alternativen vorzulegen.

Herr Minister Behrens, es ist aus unserer Sicht abenteuerlich, wenn Sie in der eben erwähnten Pressekonferenz ausführen: "Das Land Nordrhein-Westfalen geht auf sicheren Wegen in eine sichere Zukunft."

(Zuruf von der SPD: Stimmt doch! - Beifall bei der SPD)

Richtig ist, daß wir in den letzten dreißig Jahren einen Anstieg von mehr als 100 % der registrierten Straftaten hatten. Richtig ist, daß in diesem Zeitraum ausschließlich die SPD-geführte Landesregierung verantwortlich war.

- (B) (Roland Appel [GRÜNE]: Erzählen Sie doch nicht so einen Blödsinn! - Glocke)

Sie führen aus, daß seit 1996 die Kriminalität in Nordrhein-Westfalen sinkt und daß wir mit einer Aufklärungsquote von fast 50 % noch nie so gut wie heute waren.

(Zuruf des Roland Appel [GRÜNE])

Wenn in den letzten dreißig Jahren, Herr Kollege Appel, die Kriminalität von 600.000 auf ca. 1,3 Millionen registrierte Straftaten angestiegen ist und wenn wir in den letzten Jahren einen leichten Rückgang erfahren, den auch wir begrüßen, muß man richtigerweise sagen: Die Kriminalität verhält sich nach wie vor auf einem unerträglich hohen Niveau.

(Roland Appel [GRÜNE]: Blödsinn!)

Vor allem aber - das belegen alle Statistiken - nimmt die Gewaltkriminalität weiter zu. Dies gilt auch für die Gewaltkriminalität gerade von jungen Menschen. Der Anteil tatverdächtiger Kinder an der Gesamtkriminalität liegt bei 7,5 %, bei den Jugendlichen bei 13,5 % und bei den Heranwach-

senden bei 10,3 %. Im Ergebnis liegt der Anteil der unter 21jährigen Tatverdächtigen bei 31,3 %.

(Roland Appel [GRÜNE]: 31,3 % von was?)

Das verdeutlichen die Statistiken des Landes. Die Anzahl von Gewaltdelikten hat zugenommen. 1998 wurden in Nordrhein-Westfalen 43.000 Gewaltdelikte registriert. Das ist ein Anstieg zum Vorjahr um 5,5 %.

Herr Minister Behrens, durch Schönfärben und Beschwichtigen wird man beim Bürger nicht glaubhafter. Sie loben Ihre Arbeit damit, daß bei uns jede zweite Straftat aufgeklärt wird. Festzuhalten ist: Wenn nur noch jede zweite Straftat von der Polizei aufgeklärt wird, ist es vergleichsweise risikolos, Verbrechen zu begehen, zumal wenn man weiß, daß noch lange nicht alle aufgeklärten Verbrechen von den Gerichten geahndet werden und dies vor dem Hintergrund des schon angesprochenen kriminologischen Befundes, daß die Verbrechen immer brutaler und die Täter immer jünger werden.

(Roland Appel [GRÜNE]: Stimmt auch nicht! Ist doch Unsinn! Sie haben keine Ahnung!)

Zu bedenken ist, was an menschlichem Leid dahintersteckt, auch an Bitterkeit und an ohnmächtigem Zorn darüber, daß der Staat nicht imstande ist, den Schutz seiner Bürger zu gewährleisten. Denn den Bürger, Kollege Appel, interessiert nicht, wieviel Tatverdächtige die Polizei ermittelt hat und wie hoch die Aufklärungsquote war. Diese dient im übrigen wie dem Betrunkenen die Laterne mehr dem Halt als der Erleuchtung. Die Bürgerinnen und Bürger interessiert, wie sicher sie leben können, wie gering die Wahrscheinlichkeit ist, Opfer eines Gewaltdeliktens zu werden.

Ansprechen möchte ich erneut die dramatische Entwicklung bei der Kinder- und Jugendkriminalität. Die CDU-Landtagsfraktion hat im April 1998 einen entsprechenden Antrag eingebracht, der nach knapp eineinhalbjähriger Beratung in den entsprechenden parlamentarischen Gremien vor wenigen Wochen natürlich abgelehnt wurde. Anhörungen und Fachkongresse haben stattgefunden. Wir haben mit unserem Antrag eine Fülle von präventiven Maßnahmen vorgeschlagen, die stehen und bleiben für uns im Vordergrund. Wir reden aber auch der Repression und der Sanktion das Wort und verlangen, die dringend notwendige

(C)

(D)

(Theodor Kruse [Olpe] [CDU])

(A) und langfristig angelegte Werteerziehung wieder in den Mittelpunkt zu stellen.

Herr Minister Behrens, ich bin schon enttäuscht, wenn Sie einerseits am 15.11. in der angesprochenen Pressekonferenz mitteilen: "Unser Management der inneren Sicherheit stützt sich auf drei Grundpfeiler: Prävention, Repression und Opferschutz" - damit sind wir einverstanden -, Sie aber andererseits in Ihrem eingebrachten Entschließungsantrag zur Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität mit keinem Wort von Repression und Sanktion reden und auch mit keiner Silbe die dringend notwendige Werteerziehung ansprechen.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die organisierte Kriminalität ist qualitativ und quantitativ eine vollkommen neue Dimension des Verbrechens. Beispiele aus anderen Ländern zeigen, wie mafiose Strukturen Politik, Wirtschaft und Verwaltung erfassen können. Deshalb müssen wir alle geeigneten Maßnahmen ergreifen, um ein weiteres Vordringen des organisierten Verbrechens zu verhindern. Das heißt, wir müssen alles tun, um den Strafverfolgungsbehörden die notwendigen rechtlichen Mittel zu geben. Das heißt für uns zuallererst, bereits vorhandene Möglichkeiten zu nutzen. Das heißt deshalb Einsatz des Verfassungsschutzes als zusätzliches Mittel gegen das organisierte Verbrechen.

(B) Wir sind seitens der CDU der Auffassung, daß die Kenntnisse, die Erfahrungen und die Quellen des Verfassungsschutzes im Kampf gegen die organisierte Kriminalität genutzt werden müssen. Das Verfassungsschutzgesetz des Landes muß geändert werden. Es muß durch einen zusätzlichen Punkt erweitert werden; der Verfassungsschutz muß zukünftig auch dem Schutz vor organisierter Kriminalität dienen. Für die CDU-Fraktion darf ich ankündigen, daß sie Anfang des kommenden Jahres einen entsprechenden Antrag einbringen wird.

Einen weiteren Aspekt möchte ich ansprechen, Herr Minister. In diesem Jahr ist auch Ihnen - da bin ich ganz sicher - nicht fremd geblieben, daß die Unruhe und die Unzufriedenheit in der Polizei sehr groß waren. Unter anderem haben die unsäglichen Diskussionen über die Leistungsprämie und der Zickzackkurs der SPD-Fraktion und die damit verbundene offene Provokation gegenüber den Mitarbeitern und den Führungskräften der Polizei und auch gegenüber dieser Landesregierung für diesen beklagenswerten Zustand ge-

sorgt, der bis heute nicht beendet ist. Deswegen legen wir einen entsprechenden Änderungsantrag vor. (C)

Ich frage Sie erneut: Lesen Sie wirklich die Stellungnahmen und Zuschriften der Polizei? Nehmen Sie Klagen und Beschwerden zu Einsatzstrategien, zu Besoldungs- und Beförderungsstrukturen wirklich ernst? Wie gehen Sie damit um? Können Sie uns heute mitteilen, wie viele Arbeitsgruppen innerhalb der Polizei auf Landesebene eingerichtet sind und wie viele Bedienstete hier durch die unsägliche Diskussion über neue Steuerungsmodelle und die Produktbeschreibung von ihren eigentlichen Aufgaben abgehalten werden?

Ansprechen möchte ich ebenfalls das unsinnige Beurteilungsproblem - Ungeprüfte ziehen an Geprüften vorbei - und die Auseinandersetzung um die unerträgliche Wegstreckenentschädigung, mit der die Landesregierung wohl ausprobieren wollte, wie weit sie gehen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch einen letzten Aspekt ansprechen: Natürlich ist die innere Sicherheit Aufgabe aller. Auch wir sind für ein Sicherheitsnetz, in dem Ordnungspartnerschaften und kriminalpräventive Räte in einen vernünftigen Zusammenhang gesetzt werden. Auch wir appellieren an die Mitverantwortung der Bürgerinnen und Bürger und fordern diese ein. (D)

Aber, Herr Minister, es wäre ein zivilisatorischer Rückschritt, wenn sich der Staat von einer zentralen Aufgabe verabschiedet. Hierfür gibt es Anzeichen, wenn Sicherheit zunehmend käuflich wird und wir damit eine Sicherheit erster und zweiter Klasse bekommen.

Ihr Vorgänger im Amt hat eigentlich unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß er keine flächendeckend eingesetzten sogenannten schwarzen Sheriffs sehen möchte. Wir haben nun den Eindruck, daß Sie sich sehr wohl mit dem zunehmenden Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten anfreunden können. Im Hinblick auf eine weitere Übertragung von Sicherheitsaufgaben auf das private Sicherheitsgewerbe besteht dringender Regelungsbedarf im Hinblick auf eine ganze Reihe von Punkten.

Ihre Politik birgt die Gefahr in sich, daß es - ich darf es so formulieren - zu einer "Feudalisierung" kommt. Ich will es wiederholen: Es darf in

(Theodor Kruse [Olpe] [CDU])

- (A) Nordrhein-Westfalen keine Sicherheit erster oder zweiter Klasse geben. Das politische Hauptziel der CDU bleibt klar: Wir wollen eine freiheitliche und sichere Lebensqualität für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen. Wir brauchen einen starken Rechtsstaat, eine wehrhafte und streitbare Demokratie. Es darf bei der inneren Sicherheit keinen Offenbarungseid geben.

Wir brauchen vor allen Dingen die klare Rücken-
deckung und die vorbehaltlose Unterstützung für
die Arbeit der Polizei. Hieran mangelt es bei dieser
rot-grünen Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die
CDU-Fraktion wird dem Einzelplan 03 nicht zu-
stimmen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile
das Wort Herrn Kollegen Jentsch für die Fraktion
der SPD.

- (B) **Jürgen Jentsch (SPD):** Herr Präsident! Meine Da-
men und Herren! Herr Kruse, das, was sie hier
vorgetragen haben, hat nicht überrascht. Aller-
dings frage ich mich auch in diesem Jahr: In wel-
cher Region leben Sie? Leben Sie eigentlich in
Nordrhein-Westfalen?

(Zuruf von der SPD: In Olpe! - Frank Bara-
nowski [SPD]: Hinter den sieben Bergen!)

Nehmen Sie eigentlich nicht wahr, was sich in
Nordrhein-Westfalen abspielt? - Manchmal kann
man wirklich nur den Kopf schütteln. Wenn Ihnen
eine Presseerklärung des Justizministers und des
Innenministers Alpträume bereitet, muß ich wirk-
lich fragen: Wie weit ist es mit Ihnen von der Op-
position eigentlich gekommen?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch ich sage ganz
deutlich: Wir wollen schwarze Sheriffs genauso
wenig wie schwarze Taschen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Auch in diesem Jahr stelle ich die Flüchtlingsbera-
tung an den Anfang meiner Bemerkungen. Auch

wenn die Landesregierung diesmal keine so rigo-
rosen Kürzungen vorgenommen hat, mußten wir
von der Fraktion aus allerdings dafür sorgen, daß
die vorgesehenen Kürzungen unterbleiben. Das ist
uns gelungen. Deshalb können die Wohlfahrts-
organisationen im nächsten Jahr wiederum ihre
bewährte und notwendige Beratung fortsetzen.

(Beifall des Walter Grevener [SPD])

Als zweite wichtige Entscheidung kann sicherlich
die Verschiebung der kw-Vermerke in der Landes-
feuerweherschule bis ins Jahr 2001 genannt wer-
den. Denn es kann nicht angehen, daß noch vor
der Stellungnahme durch den Gutachter, die erst
im Frühjahr vorliegen wird, bereits jetzt eine wie
auch immer geartete Festlegung erfolgt.

Damit komme ich zum zentralen Aufgaben-
bereich, nämlich der Garantie der inneren Sicher-
heit in unserem Lande. Auch im nächsten Jahr
bleibt das Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen
und Bürger auf unserer Tagesordnung. Nicht im
Sinne des Spielens mit Gefühlen der Menschen,
sondern im ausgeprägten und konkreten Handeln.
Wie Sie dem Haushalt unschwer entnehmen kön-
nen, haben wir ein so dichtes Polizeinetz wie
noch nie: Über 4.397 Stellen gleich 9 % innerhalb
eines Jahrzehnts mehr! Ein tolles Ergebnis!

Dabei wissen wir, daß Masse nicht gleich Klasse
bedeutet, sondern erst die Ausbildung, die Fort-
und Weiterbildung und auch die Motivation das
Rüstzeug einer guten Arbeit darstellen. Übrigens
gilt das für alle Reformbestrebungen.

Wir in Nordrhein-Westfalen sind damit im Ver-
gleich mit allen anderen Ländern am weitesten.
Unsere inneren und äußeren Reformen können
sich sehen lassen und sind inzwischen nationale
wie auch internationale Vorzeigeprojekte gewor-
den, auch wenn uns das manchmal den Unmut
von Beamten vor Ort hervorgerufen hat. Auf die
zahlreichen Arbeitskreise vor Ort oder in den Be-
zirken haben Sie hingewiesen, Herr Kruse.

Das Ausarbeiten detaillierter und fachlicher ge-
prägter Reformen sollte eben nicht am grünen
Tisch, sondern mit den Fachleuten aus der Praxis
erfolgen. Das ist, wie wir finden, eine gute Lö-
sung. Wer Reformen will, der muß auch in Kauf
nehmen, daß nur eine breite Mitarbeit Erfolg ga-
rantiert. Inzwischen dürften selbst die größten
Bedenkenträger festgestellt haben, daß nach der
Hektik der ersten Reformjahre ein ruhigeres Fahr-

(Jürgen Jentsch [SPD])

- (A) wasser der konkreten Umsetzung erreicht worden ist. Und das, obwohl - das sage ich auch - Reformbestrebungen anschließend ständig auf der Tagesordnung bleiben. Daß die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen mit diesen Reformen richtig liegen, zeigt das Ergebnis. Wir danken hier insbesondere den Gewerkschaften für ihre hilfreiche Unterstützung.

(Beifall des Walter Greverer [SPD])

Auch hier zeigt sich wieder, daß ein positives Einmischen mit dem Vorsatz, tatsächlich etwas bewegen zu wollen, uns in unserer politischen Arbeit unterstützt. Die Polizei in Nordrhein-Westfalen ist inzwischen die modernste in Europa. Unsere Polizei gehört zu den am besten bezahlten Beamtengruppen, und zwar nicht nur in Nordrhein-Westfalen: 78 % aller Beamtinnen und Beamten befinden sich im gehobenen Dienst. Das hat uns bisher noch kein anderes Land nachgemacht. Wenn es nach uns Innenpolitikern geht, so wollen wir das Kienbaum-Gutachten in Gänze umsetzen, also die zweigeteilte Laufbahn einführen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Meine Damen und Herren, die Polizei ist hochmotiviert und arbeitet professionell. Sie ist und bleibt bürgernah. Das alles sind gute Gründe, dies weiter zu sagen.

Dank dieses Erfolgsrezepts leben die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen in den sichersten Großstädten dieser Republik. Von den acht sichersten Großstädten befinden sich sechs in Nordrhein-Westfalen. Herr Kruse, das hätten Sie auch einmal sagen können. Das ist nämlich unsere Erfolgsbilanz.

(Beifall bei der SPD)

Das ist, wie ich finde, ein Riesenerfolg unserer Landespolitik. Dank dieses Erfolgskonzepts haben wir eine hohe, ständig steigende Aufklärungsquote. Wir in Nordrhein-Westfalen sind gut und damit beispielgebend für andere Länder.

Unser Weg ist ein erfolgreicher dank sozialdemokratischer Politik; aber wir ruhen uns nicht auf unseren Erfolgen aus, sondern wir wollen sie weiter verbessern. Denn die kriminelle Energie nimmt auch durch weltumspannende Technik weiter zu. Deswegen suchen wir die Zusammenarbeit mit den Regionen in Europa für mehr Sicherheit, für

mehr Freiheit. Den Täter unnachgiebig zu verfolgen, den Opfern zu helfen, bleibt unser Maßstab. (C)

Gerade deshalb wurden jetzt in allen 60 Polizeibehörden Opferschutzbeauftragte eingesetzt. Damit sollen Ängste abgebaut und über Gefahren aufgeklärt werden, so wie dies in den 640 Ordnungspartnerschaften und den 540 Kriminalpräventiven Räten tagtäglich praktiziert wird. Unser dichtes Netz an Sicherheit macht unsere Region stark. Gekoppelt mit Gemeinsinn, dem Hinsehen statt Wegsehen greifen wir Probleme auf, beugen vor, schaffen so Sicherheit. Auch dies ist ein Markenzeichen unserer Politik: nicht reden, nicht ausgrenzen, sondern handeln.

Manchmal entstehen Probleme, die im Gesetzesvorhaben so nicht erkannt werden. Ich rede von der Leistungsprämie für die Polizei. Selten hat es einen so einheitlichen Protest gegeben, nach dem Motto: Die Polizei ist ein Team, und dieses Team darf nicht deswegen zerschlagen werden, weil die Prämie möglicherweise den einen glücklich macht, den ändern aber unzufrieden zurückläßt.

Diese massive Gegenwehr gegen die vermeintliche Aufsplitterung in Gute und nicht so Gute hat uns ganz schön eingeheizt. Wir haben deshalb nach einer langen und sehr kritisch geführten Diskussion auch im Hinblick auf die Auswirkung auf andere Bereiche beschlossen, im Jahre 2000 keine Leistungsprämie an die Polizei auszuzahlen, sondern sie in den Landeshaushalt einzustellen. Dafür sollen über eine Aufstockung der globalen Minderausgabe Strukturverbesserungen - Herr Kruse, hören Sie zu! - für etwa 1.200 Beamtinnen und Beamte erreicht werden. (D)

Ich denke, das ist etwas wirklich Positives. Damit übernehmen wir auch die Forderung der Gewerkschaften. Wir glauben, so gemeinsam einen Weg gefunden zu haben, der dem Anliegen der Beschäftigten der Polizei entgegenkommt. Hier hat nun die SPD-Fraktion, Herr Kruse, wahrlich keinen Zick-Zack-Kurs gefahren, sondern wir haben immer wieder deutlich gemacht, daß wir etwas wollen, das auch bei der Polizei vernünftig ankommt.

Unverständlich ist uns, daß es auch hierüber wieder Diskussionen gibt. Ich sage ganz deutlich: Mit diesen 1.200 Beförderungen haben wir die Beförderungschancen mehr als verdoppelt. Wir wollten damit bewußt den unteren Einkommensgruppen helfen. Wer meint, hier erneut herumäkeln zu

(Jürgen Jentsch [SPD])

(A) müssen, sollte einmal über die Landesgrenzen hinaussehen. Dieser Kraftakt macht deutlich, welch einen großen Stellenwert die Polizei innerhalb unserer Fraktionen genießt - und dies nicht nur zu Wahlzeiten, sondern im Alltagsgeschäft. Dafür bin ich sehr dankbar.

Unser Haushalt kann sich wieder einmal sehen lassen. Noch einmal: Wir reden miteinander; wir handeln miteinander zum Wohle unseres Landes, zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger. Deswegen ist die innere Sicherheit auch bei uns gut aufgehoben. Sicherheit als positives Lebensgefühl, das war, ist und bleibt das Ziel unserer sozialdemokratischen Politik. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrn Kollegen Appel das Wort.

(B) **Roland Appel (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man Herrn Kruse zugehört hat, kann es einen nur grausen, welcher Wahlkampf der Union uns möglicherweise im nächsten Jahr in Nordrhein-Westfalen blühen wird.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Denn was Herr Kruse vorgelesen hat, hat überhaupt nichts mit unserem Landeshaushalt zu tun. Er hat aus einer Broschüre der CDU vorgelesen, die peinliche Vergleiche zieht ---

(Theodor Kruse [Olpe] [CDU]: Wieso peinlich?)

- Doch, Herr Kruse, ich finde, das muß man einmal benennen.

(Zuruf von der SPD: Peinlich!)

Bei der Steigerung der Kriminalität von angeblich 600.000 auf 1,35 Millionen Fälle, die Sie erwähnt haben, sprechen Sie von Kriminalität. Sie wissen genau, das ist Kriminalitätsstatistik, und Kriminalitätsstatistik ist ein weites Feld. Denn das sind nur die angezeigten, die putativen Delikte. Sie wissen ganz genau, daß sich bei 100 Fällen am Ende etwa 25 Verurteilungen ergeben. Bei bestimmten Deliktgruppen ist die Diskrepanz noch größer. Das

(C) trifft zum Beispiel bei der von Ihnen in rassistischer Absicht immer wieder genannten sogenannten Ausländerkriminalität zu.

(Zurufe von der CDU)

Die Statistik sagt nämlich auch, daß dort das Anzeigeverhalten abweicht. Das hat mit der jahrelangen Asyldebatte Ihrer netten schwarzen christlichen Partei zu tun, daß das Anzeigeverhalten - sprich: die Vorurteile gegenüber mutmaßlichen ausländischen Straftätern - wesentlich höher ist, als die Zahl derer, die am Ende verurteilt werden. Da ist die Diskrepanz zwischen Anzeigeverhalten und wahrer Verurteilung wesentlich größer als bei der entsprechenden Vergleichsgruppe von Deutschen oder - ich sage es einmal ganz klar - bei blond und blauäugig aussehenden Menschen. Das ist Ihre Form von Stimmungs- und Angstmache; hier wollen Sie offensichtlich wieder einen Wahlkampfschwerpunkt suchen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

(D) Heute haben Sie die Haushaltsberatungen dazu mißbraucht. Ich möchte Ihnen einmal vorlesen: Was hat Herr Kruse denn gesagt, was steckt denn hinter dieser Steigerung von 600.000 auf 1,3 Millionen Fälle? Das liegt an dem zugrunde gelegten Bezugsjahr. Herr Kruse, ich finde, das ist wirklich peinlich. Sie vergleichen 1997 mit 1970.

(Lachen bei der SPD)

1970 war nicht nur die Bevölkerungsstruktur anders, sondern auch die sozialen Verhältnisse; es herrschte beispielsweise weitgehende Vollbeschäftigung. Inzwischen sind in diesem Land nicht nur 27 Jahre vergangen, sondern es herrschen auch ein anderes politisches Klima und andere soziale Verhältnisse. In dieser Zeit hat sich zum Beispiel die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei mehr als verdoppelt. Das heißt, rein statistisch gesehen - selbst wenn Sie unterstellen, daß die Kriminalität gleichgeblieben ist - müßten sich die Fälle von 600.000 auf 1,2 Millionen verdoppelt haben, weil doppelt so viele Bedienstete zur Verfügung stehen, die die Anzeigen aufnehmen.

Ihre Rede war wider besseres Wissen. Sie wissen doch, daß Sie es zum Beispiel in der Drogenkriminalität mit sogenannten Holdelikten zu tun haben. Es liegt also eine Form von Kriminalität vor, bei der Sie, wenn Sie statt zehn 20 Beamte ein-

(Roland Appel [GRÜNE])

(A) setzen, genau doppelt so viele Junkies finden werden. Sie werden aber nicht alle Drogenabhängigen finden, weil Sie das gesellschaftliche Problem der Drogenkrankheit nicht mit polizeilichen Mitteln lösen können.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Bewahren Sie uns doch mit Ihrer lächerlichen Angstmache! Das glaubt Ihnen doch draußen im Land kein Mensch mehr! Das ist einfach stümperhaft. Sie möchten sich hier am liebsten aufs Polizeimotorrad setzen und mit der Blaulichtmütze quer durchs Plenum fahren! Das wird Ihnen aber bei unserer soliden Politik im Bereich der öffentlichen Sicherheit niemand in diesem Land mehr abnehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Appel, darf ich Sie einmal unterbrechen?! Wollen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Weisbrich zulassen?

(B) **Roland Appel (GRÜNE):** Wenn sie nicht auf meine Redezeit angerechnet wird.

Christian Weisbrich (CDU): Herr Kollege Appel, Sie haben eben den Kollegen Kruse rassistischer Tendenzen bezichtigt.

(Roland Appel [GRÜNE]: Nein, Ihre Partei!)

Sie haben zu ihm gesagt: mit rassistischer Tendenz. * Können Sie bitte belegen, wo Sie das herleiten wollen?

Roland Appel (GRÜNE): Nein, Sie haben mir nicht zugehört, Herr Kollege. Sie dürfen sich mit angesprochen fühlen. Ich habe gesagt, daß die gesamte Asyldebatte von Ihrer Partei seit 1980, seit ein baden-württembergischer Ministerpräsident Späth damit angefangen hat, in rassistischer Absicht angefangen worden ist. Da dürfen Sie die ganze schwarze Politik mit einigen wenigen Ausnahmen - da gibt es welche, die sich nicht daran beteiligt haben, einige, die wirklich christlich

sind -, die dürfen Sie alle subsumieren, die dürfen sich alle angesprochen fühlen. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was Sie uns hier vorgeführt haben - und ich zitiere das nochmal aus dem Wahlprogramm der CDU -, wissen Sie, was die CDU in ihrem Entwurf schreibt - und da möchte ich wirklich bitten, die Bürgerinnen und Bürger mal darauf hinzuweisen -: Sie fordern in Ihrem Wahlprogramm mehr Polizisten. Die CDU fordert seit Jahren durch Umschichtung im Landeshaushalt zusätzliche Stellen. Und wenn man dann weiterliest, fordern Sie tatsächlich 5.000 bis 7.000 mehr Polizeibeamte in Nordrhein-Westfalen.

Wir haben derzeit etwa 44.000. Aber lieber Herr Kruse, Sie haben hier keinen Antrag gestellt. Und ich möchte wirklich von Ihnen wissen, wieviel Milliarden das kosten soll. Und wenn Sie - Gott behüte es -, aber wenn Sie mal hier die Landesregierung stellen sollten, dann möchte ich Sie sehen, wie Sie bei der derzeitigen Haushaltslage, deren Rahmenbedingungen wir nicht anders setzen können und nicht zu verantworten haben, wie Sie da 5.000 oder 7.000 Stellen für Polizistinnen und Polizisten aus dem Boden stampfen wollen. Das, was Sie hier ankündigen, ist nichts als heiße Luft - nichts als heiße Luft! (D)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Und genauso heiße Luft ist Ihr Antrag, den Sie hier unter dem Stichwort Nr. 4528 vorgelegt haben "Strukturverbesserungen im Polizeibereich anstelle von Leistungsprämien" und der weitere Antrag 4529 "Polizeidichteverhältnis ist unzureichend".

Sie fordern im ersten Antrag, 1.000 neue Polizeibewerber einzustellen, und Sie beziffern das mit ein bißchen Geld. Ich kann es Ihnen genau vorlesen. Sie sagen - Sie bitten ja die Landesregierung um Formulierungshilfe: Das ist richtig so, denn derer bedürfen Sie auch -, Sie meinen, das mit 6 Millionen finanzieren zu können. Ich will Ihnen einmal sagen, was wirklich für Kosten entstehen würden! Sie sollten das einmal rechnen. Die schwarzen Parteien behaupten immer, sie würden rechnen können. Also daß Sie in der CDU beim Herrn Kohl immer ein bißchen aus schwarzen Kassen an Finanzen hinterhergeschoben haben, das müssen Sie offensichtlich auch im Hinterkopf

(Roland Appel [GRÜNE])

(A) haben für den Fall, für den unwahrscheinlichen Fall, daß Sie mal hier regieren würden.

Denn ich habe einmal nachgerechnet: Wenn man das machen würde, was Sie beantragen, würden Sie allein mit diesem Beschluß den Landeshaushalt über Jahre hinweg um 65 Millionen aufblähen. Da kann ich Ihnen nur raten: Rechnen Sie mal nach! Denn wenn Sie mal an die Landesregierung kommen sollten, dann werden Sie hier nicht über schwarze Kassen verfügen, sondern Sie müßten mit dem, was hier wirklich in den Landeskassen drin ist, auskommen müssen. Aber Sie werden glücklicherweise nicht in diese Situation kommen.

(Theodor Kruse [Olpe] [CDU]: Sie sind ja nicht mehr dabei! - Zuruf von der SPD: Meyer wird Schatzmeister!)

- Vielleicht sollten Sie sich mal bei Herrn Meyer erkundigen, wie man 2 und 2 zusammenzählt, falls der das kann.

Zu den Strukturverbesserungen und zur Leistungsprämie! Wir haben uns, denke ich, mit gutem Grund sehr intensiv damit auseinandergesetzt, daß die Leistungsprämie - das ist auch meine Ansicht, die Ansicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - im Polizeibereich nicht das geeignete Instrument ist, um mehr Motivation bei der Polizei herzustellen. In einer Polizei geht es um Teamarbeit. Da müssen nicht nur Beamte, sondern möglicherweise auch Angestellte berücksichtigt werden, auch Beschäftigte im Landeskriminalamt, die bilden Teams; wenn die erfolgreich arbeiten, dann sollen die gelobt werden, dann sollen die alle was davon haben.

Aber die Leistungsprämie in der jetzigen Form, die wir übrigens Herrn Kanther zu verdanken haben, ja, Ihr Ex-Bundesinnenminister Herr Kanther hat das entsprechende Gesetz eingebracht und durchgesetzt, und Sie stellen sich hin und sagen, wir sollen die Leistungsprämie einfach dazu verwenden, um entsprechende Strukturverbesserungen vorzunehmen.

Wir haben uns das ja auch überlegt. Aber ich kann Ihnen nur sagen: Wir haben weiter gedacht und haben uns daran zu halten, was die Gesetze vorgeben, auch wenn sie leider Herr Kanther durchgesetzt hat. Und in diesem Gesetz ist das sogenannte Jährlichkeitsprinzip - das erklärt Ihnen der Innenminister im Ausschuß sicher noch ein-

mal gerne extra - angedacht. Und wenn Sie das Jährlichkeitsprinzip haben, dann können Sie keine dauerhaften Strukturverbesserungen, jedenfalls nicht in der von Ihnen vorgeschlagenen Form, im Bereich der Polizei mit der Finanzierung der Prämie ausbringen. Das ist nicht gesetzeskonform.

Deswegen werden wir auch diesen Antrag von Ihnen ablehnen, weil er nämlich nicht den Polizistinnen und Polizisten hilft, sondern weil er hier eigentlich just for show gestellt worden ist.

(Theodor Kruse [Olpe] [CDU]: Was machen Sie denn?)

Lassen Sie mich aber noch einmal deutlich sagen: Wir haben im Landeshaushalt, denke ich, für eine solide Finanzierung der öffentlichen Sicherheit gesorgt. Wir haben gute Konzepte der Prävention, des Opferschutzes, des Täter-Opfer-Ausgleichs.

Und ich bin auch froh, lieber Herr Kruse, daß wir eine gemeinsame Pressekonferenz des Innen- und des Justizministers hatten, einfach deswegen, weil natürlich Justiz auf der einen und Strafverfolgung bzw. Aufklärung durch Polizei auf der anderen Seite zwei Dinge sind, die Hand in Hand greifen müssen. Deswegen ist das richtig, daß die sich gemeinsam zur öffentlichen Sicherheit geäußert haben. Deswegen darf man nicht die Ressorts zusammenlegen; aber deswegen ist das richtig, daß hier ein gemeinsames Gesamtkonzept dieser Landesregierung dahintersteht. Das wird auch in diesem Haushalt deutlich.

Lassen Sie mich aber zwei weitere Punkte nennen, die auch etwas mit diesem Landeshaushalt zu tun haben. Das ist zum einen die Flüchtlingsberatung. Ich freue mich, daß wir auch in diesem Haushalt die Flüchtlingsberatung wieder gesichert haben, und gehe auch davon aus, daß das in den nächsten Jahren noch stattfinden wird und stattfinden muß; zumal aufgrund der immer noch restriktiven Asylgesetzgebung im Bund.

Da will ich meine Enttäuschung auch über die Bonner Politik hier gar nicht verhehlen. Der Bundesinnenminister Schily insbesondere mit seinen neuerlichen Äußerungen, daß angeblich nur 3 % der Asylberechtigten, 3 % der Flüchtlinge "asylwürdig" wären, wie er das genannt hat, und 97 % Wirtschaftsflüchtlinge wären: Die sind schlichtweg ein Skandal.

(C)

(D)

(Roland Appel [GRÜNE])

- (A) Außerdem "Wirtschaftsflüchtling"! Wissen Sie, Wirtschaftsflüchtling, das ist vielleicht Boris Becker und andere, die sich nach Monaco absetzen. Von denen Herr Schily redet, das sind höchstens Armutsflüchtlinge. Aber an mancher Wortwahl erkennt man ja schon die Absicht.

Deswegen - das sage ich Ihnen ganz klar - werde ich auch Leuten, die zur rot-grünen Koalition in Bonn bzw. Berlin gehören, genauso kritisch das entgegenhalten, wie ich das unserem eigenen Koalitionspartner gegenüber tue.

Ich möchte nicht verhehlen, daß ich über die Alt-fallregelung enttäuscht bin. Fairerweise muß man hinzufügen, daß Herr Beckstein sie diktiert hat. Ich bin unserem Innenminister dankbar, daß wir überhaupt eine Regelung haben. Die Vorgehensweise von Herrn Beckstein finde ich unglaublich. Er hat nach dem 19. November die ohnehin schon enge Regelung mit entsprechenden Anwendungshinweisen noch enger gemacht. Daraus leite ich ab, daß Nordrhein-Westfalen entsprechende Anwendungshinweise hoffentlich in der anderen Richtung erlassen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) Das erwarte ich vom Innenminister, weil das in der Tradition des liberalen Nordrhein-Westfalen liegt.

Lassen Sie mich zum Schluß sagen: Ich glaube, daß wir auch mit dem Etat des Datenschutzes, bei dem wir für das nächste Jahr Personalmittel draufgelegt haben, den modernen Anforderungen einer Kommunikationstechnik und dem, was dort zukünftig an Herausforderungen an den Datenschutz auf uns zukommt, Rechnung getragen haben. Ich wünsche mir, daß diese Mittel im Haushalt 2001 verstetigt werden, und denke, daß wir damit auch bürgerrechtlich in Nordrhein-Westfalen auf der sicheren Seite sind. Damit verbinde ich die Hoffnung, daß uns die CDU noch möglichst lange als Opposition erhalten bleibt. - Schönen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klöse: Ich erteile Herrn Innenminister Dr. Behrens das Wort.

Dr. Fritz Behrens, Innenminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Innenressort ist in dieser Landesregierung ein sehr schönes Ressort. Es enthält viele wichtige und spannende Aufgaben. Es macht Spaß, es zu leiten und zu lenken, wenn man bei diesen Aufgaben zumindest hier und da Erfolg hat, und den haben wir. Das zeigt sich auch im Haushalt des nächsten Jahres.

Dieser Haushalt sichert alle wichtigen Aufgaben ab. Ich will auf all das, was sich dahinter verbirgt, nicht eingehen, sondern gleich zu dem Thema kommen, das aus Sicht der Opposition offensichtlich im Mittelpunkt steht und sicherlich auch politisch besonders bedeutsam ist: die innere Sicherheit. Aus Sicht der Opposition ist sie, wie ich vermute, deshalb bedeutsam, weil sie da ein Thema für ihren Wahlkampf wittert. Herr Kruse und meine Damen und Herren von der CDU hier im Landtag, ich muß Sie bitter enttäuschen; denn es wird Ihnen - so glaube ich - nicht gelingen, den Wählern in unserem Lande Angst einzujagen

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

und daraus für Ihre Wahlchancen Honig zu saugen, von denen Sie inzwischen wieder sagen müssen, daß sie offensichtlich doch nicht so gut sind, wie Sie vor einigen Wochen noch geglaubt haben, sondern daß sie zunehmend wieder schlechter werden.

Das, was Sie, Herr Kruse, in groben Umrissen gezeichnet haben, ist, obwohl Sie wegen der Zeit in der Tat nur grobe Umrisse zeichnen konnten, ein Zerrbild dessen, was über dieses Land im Bereich der inneren Sicherheit zu sagen ist.

(Beifall bei der SPD)

Es geht weit an der Wirklichkeit vorbei. Ich will deshalb einige Eckpunkte und Zahlen aus meiner Sicht nennen.

Zunächst einmal, meine Damen und Herren: Auch dieser Haushalt für das Jahr 2000 zeigt, daß die innere Sicherheit in der Landespolitik bei uns in Nordrhein-Westfalen eindeutig Priorität genießt,

(Beifall bei der SPD)

daß sie im Mittelpunkt unserer politischen Anstrengungen und Bemühungen steht. Was Sie hier

(Minister Dr. Fritz Behrens)

- (A) vorgetragen haben, Herr Kruse - das hat Herr Appel richtig herausgearbeitet -, ist weithin das, was Sie erst kürzlich auf einem Parteitag als politische Programmatik für die innere Sicherheit verabschiedet haben. Das enthält nach meiner Auffassung weithin Ladenhüter aus der Mottenkiste der Politik der inneren Sicherheit der vergangenen 20 bis 30 Jahre.

(Beifall bei der SPD und des Roland Appel [GRÜNE])

Da steht etwas von Schleier-Fahndung drin. Haben Sie nicht zur Kenntnis genommen, daß diese Schleier-Fahndung von Obergerichten mittlerweile für rechtswidrig erklärt worden ist? Nehmen Sie doch zur Kenntnis, was geht und was nicht geht. Sprechblasen brauchen wir nicht.

Wer den Verfassungsschutz gegen die organisierte Kriminalität einsetzen will, der verkennt die Aufgabenteilung in diesem Rechtsstaat. Der Verfassungsschutz ist in unserem Lande dafür zuständig, die rechtsstaatliche Ordnung zu schützen. Andere Institutionen sind dazu da, die Kriminalität zu bekämpfen. Das sollte man nicht vermischen. Es ist auch eine Erfahrung aus unserer Geschichte, daß wir hier zu einer Teilung der Aufgaben kommen sollten.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Auch vieles andere enthält Utopie, etwa die jedes Jahr erneut von Ihnen vorgetragene Forderung nach Erhöhung der Polizeidichte. Da graben Sie Zahlen aus den 70er Jahren aus, die noch nie Geltung gehabt haben und die Sie dennoch immer wie Monstranzen vor sich hertragen.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Minister, darf ich Sie unterbrechen?

Dr. Fritz Behrens, Innenminister: Ich möchte jetzt keine Frage beantworten - Herr Kruse kann ja vielleicht eine zweite Runde machen -, weil alles von meiner Redezeit abgeht und ich Ihnen noch vieles mitzuteilen habe, meine Damen und Herren.

Wo - so frage ich Sie - zeigen Sie Alternativen auf? Sie haben für sich selber diesen Anspruch erhoben. Als Opposition müßten Sie Alternativen aufzeigen. Ich sehe sie nicht, außer etwa beim

Verfassungsschutz, und das halte ich für politisch abenteuerlich. Sie haben meine Äußerungen und die von Herrn Kollegen Dieckmann in der Pressekonferenz als abenteuerlich bezeichnet, Herr Kruse. Das gebe ich gern zurück: Ich halte Ihre Äußerungen - das, was Sie hier heute von sich gegeben haben - für ziemlich abenteuerlich.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

In Nordrhein-Westfalen ruht die Politik der inneren Sicherheit auf drei Säulen, einer Trias, wie ich immer sage. Das sind zum einen Vorbeugung und Prävention als Wichtigstes in der Politik der inneren Sicherheit. So haben wir in diesem Lande mittlerweile in Kooperation mit vielen auch von der CDU getragenen Räten und Stadtverwaltungen 562 kriminalpräventive Gremien, die hervorragende Arbeit leisten.

Unsere Politik der inneren Sicherheit ruht zweitens auf einer konsequenten Strafverfolgung. Dazu sage ich gleich noch etwas.

Sie ruht schließlich drittens - dieses Element ist in den letzten Jahren hinzugekommen - auf einer zunehmend konsequenter durchgeführten Politik des Opferschutzes und der Opferhilfe.

Wir haben Erfolge zu verzeichnen, die sich auch in Zahlen ablesen lassen. Davon können Sie auch nichts wegdefinieren. Die Kriminalität in Nordrhein-Westfalen geht zurück; das läßt sich an den objektiven Zahlen ablesen. Das schwarze Bild, das die CDU malt, ist schlicht falsch.

Die sichersten Großstädte Deutschlands liegen in Nordrhein-Westfalen - sechs von zehn, zwölf von 20.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

1998 wurden in Nordrhein-Westfalen 1,33 Millionen Straftaten festgestellt. Natürlich ist das mehr als 1970, aber das ist in Nordrhein-Westfalen genau soviel mehr wie in Bayern und Baden-Württemberg. Die Zahlen entsprechen sich. Das ist Folge gesellschaftlicher Entwicklungen, über die wir in dieser Runde sicherlich nicht vernünftig diskutieren können.

Wir haben im ersten Halbjahr 1999 einen Rückgang der Gesamtkriminalität um 3,3 %, so wie wir im vergangenen Jahr schon einen Rückgang der Gesamtkriminalität von 1,6 % hatten. Beson-

(C)

(D)

(Minister Dr. Fritz Behrens)

(A) ders erfreulich ist zum Beispiel der Rückgang beim Wohnungseinbruch von 53 000 Fällen auf 47 000 Fälle im Jahre 1998 - minus 10,8 %. Die Aufklärungsquote ist insgesamt auf 50 % gestiegen. Das ist der höchste Prozentsatz, seitdem wir Statistiken über Aufklärungsquoten führen. Das alles sind Erfolge nicht nur, aber auch unserer Politik der inneren Sicherheit in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD)

Ich mache mir, Herr Kruse, wie Sie und, ich glaube, alle hier Sorgen um den Anstieg der Kriminalität in bestimmten Feldern. Dazu zählt z. B. die Gewaltkriminalität von Jugendlichen. Wir alle sind aufgerufen, hier das Notwendige zu tun und zusammenzuarbeiten. Diese Fragen richten sich aber nicht nur an die Polizei und andere Strafverfolgungsorgane. Vielmehr ist die Bekämpfung der Jugendkriminalität, der Gewalt unter Jugendlichen, eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es müssen viele zusammenwirken, wenn wir hier Erfolg haben wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(B) Die Polizei hat sich das Ziel gesetzt, den Anstieg der Jugendkriminalität zu brechen, eine Trendwende herbeizuführen. Ich bin sehr zuversichtlich, daß das in den nächsten Jahren gelingen wird.

Sie fordern 5.000 bis 7.000 Polizeibeamte mehr, sagen in Ihrem politischen Programm, das Sie kürzlich vorgelegt haben, aber im gleichen Atemzug, daß die Haushaltsengpässe das nicht zuließen. Was wollen Sie denn nun, Herr Kruse? Das ist doch Augenwischerei. Damit streuen Sie den Wählern Sand in die Augen. Das ist banale Rhetorik, die uns nicht weiterhilft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben in diesem Lande unter sozialdemokratischer Leitung in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten dafür gesorgt, daß zunehmend mehr Polizeibeamte und Polizeibedienstete - es sind ja nicht alles Beamtinnen und Beamte - eingestellt worden sind. 1970 verfügte die Polizei über 33.456 Planstellen für Beamtinnen und Beamte und 4.143 Stellen im Tarifsektor. Das sind alles in allem ungefähr 37.500. In diesem Jahr verfügt die Polizei über 46.936 Planstellen für Beamtinnen und Beamte und 6.076 Stellen im Tarifbereich. Das sind

etwas mehr als 53.000 Stellen. Meine Damen und Herren, das sind fast 16.000 mehr als 1970. (C)

(Bodo Champignon [SPD]: Hört, hört!)

Die Priorität der inneren Sicherheit in Nordrhein-Westfalen können Sie an diesen Zahlen ablesen.

Unsere Polizei ist hervorragend ausgestattet - ob das Fahrzeuge oder Computer sind. Aber nichts ist so gut, daß es nicht noch besser werden könnte. In den vergangenen Jahren ist eine halbe Milliarde DM in die technische Ausstattung der Polizei investiert worden. Wir gehen auf diesem Wege weiter.

Wir modernisieren die Polizei auch in anderen Bereichen. Deshalb kann ich, Herr Kruse, meine Damen und Herren, nicht in das Wehgeschrei einstimmen, das hier und da zu hören ist, die Modernisierungsarbeiten innerhalb der Polizei würden zu viele Kapazitäten auffressen und Beamtinnen und Beamte von ihrer eigentlichen Arbeit abhalten. Weniger als 1 % der Arbeitszeit von Polizeibeamten wird für die Arbeit in solchen Modernisierungsarbeitsgruppen aufgewandt. Wenn man es mit der Aussage ernst meint, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Modernisierung von Verwaltungen - auch der Polizei - einbeziehen zu wollen, dann heißt das auch, daß sie an solchen Arbeitsgruppen beteiligt werden müssen. Es geht nicht anders: Das kostet auch Arbeitszeit. (D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Last, but not least: So gut wie unsere Polizei - das ist hier schon von den beiden Kollegen der Koalitionsfraktionen vorgetragen worden - ist keine andere Polizei in Deutschland besoldet und, was Planstellen betrifft, ausgestattet. 78 % der Polizeibeamtinnen und -beamten sind schon jetzt im gehobenen Dienst. In den nächsten Jahren werden es noch mehr werden.

Durch die Beschlüsse des Haushalts 2000 werden im nächsten Jahr - auch das eine Zahl, die Sie sich zu Gemüte führen sollten - 5.453 Polizeibeamte befördert werden können, davon allein 1.250 - verehrter Herr Kollege Jentsch, das sind 50 mehr als Sie genannt haben - durch die Strukturverbesserungen entsprechend dem Antrag der SPD-Fraktion.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(Minister Dr. Fritz Behrens)

- (A) In 640 Ordnungspartnerschaften arbeiten unsere Polizeibehörden mit vielen, vielen anderen Verantwortlichen zusammen: 123 Projekte zur Sauberkeit und Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr, 65 Projekte gegen offene Drogenszenen, 65 Projekte gegen Gewalt an Schulen usw. Ich danke von dieser Stelle aus allen, die da engagiert mitarbeiten und ihren Beitrag dazu leisten, daß innere Sicherheit in unserem Lande höchste Priorität genießt und daß die Menschen in Nordrhein-Westfalen sich sicher fühlen und hier sicher leben können. Innere Sicherheit ist bei uns in guten, in besseren Händen als bei Ihnen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Wird weiterhin das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich **schließe** hiermit die **Beratung** zu Einzelplan 03.

Wir kommen zunächst zur **Abstimmung** über die vorliegenden **Änderungsanträge**, erstens über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/4528** Stichwort: Strukturverbesserungen im Polizeibereich anstelle von Leistungsprämien. - Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Änderungsantrag Drucksache 12/4528 **abgelehnt**.

(B)

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/4529** Stichwort: Polizeidichteverhältnis ist unzureichend. - Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag Drucksache 12/4529 **abgelehnt**.

Wir haben drittens über den **Einzelplan 03** abzustimmen, zu dem die **Beschlußempfehlung 12/4503** im Sinne einer Annahme vorliegt. Ich frage Sie, ob Sie der Beschlußempfehlung zustimmen wollen, und bitte um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Beschlußempfehlung Drucksache 12/4503 von der Mehrheit **angenommen**.

Ich rufe auf:

(C)

Gemeindefinanzierungsgesetz 2000

Ich weise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/4517 hin.

Ich **eröffne** die **Beratung** und erteile als erstem Redner dem Kollegen Franz-Josef Britz für die Fraktion der CDU das Wort.

Franz-Josef Britz (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Beratungen zum GFG 2000 werden immer in den Zusammenhang mit dem Ergebnis der Haushalte der Kommunen in 1998 gestellt. Wir müssen ohne Zweifel feststellen, daß sich am Ende des Jahres 1998 für die Summe unserer Kommunen ein positiver Finanzierungssaldo von 1,4 Milliarden DM ergeben hat. Dies darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Probleme der kommunalen Haushalte trotz dieses insgesamt positiven Saldos in dem Bereich der Verwaltungshaushalte liegen; denn dort gibt es nach wie vor erhebliche Defizite.

(D)

Zu diesem positiven Saldo 1998 haben unter anderem zwei Sondereffekte geführt, wie in unserer bisherigen Diskussion zum GFG 2000 auch von den kommunalen Spitzenverbänden wiederholt herausgestellt worden ist. Wir haben zum einen eine in 1998 überraschend hohe Zunahme bei den **Steuereinnahmen** unserer Städte und Gemeinden mit einem Zuwachs von 6,6 % in diesem Jahr. Wir haben zum zweiten eine ungewöhnliche Zunahme in der Position **Vermögensveräußerungen**.

Meine Damen und Herren! Das zweite deutet darauf hin, daß sich viele Kommunen in unserem Lande nicht mehr anders zu helfen wissen, als über die **Veräußerung** von Vermögen ihre Haushalte zumindest für eine gewisse Zeit zu einem Ausgleich zu bringen. Beides, die Hoffnung auf stetig steigende **Steuereinnahmen** und die Möglichkeit, noch weiter **Vermögen** zu veräußern, ist